

# Merseburger Tageblatt

## Kreisblatt

Anzeigenpreis für die emp. Platte ober deren Raum 20 Pf. für 100 Zeilen. Die Zeitung für die emp. Platte ober deren Raum 20 Pf. für 100 Zeilen. Die Zeitung für die emp. Platte ober deren Raum 20 Pf. für 100 Zeilen.

Beitrag für Stadt u.

Kreis Merseburg



Ämtliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 258.

Samstag, den 2. November 1918.

158. Jahrgang.

### Ämtliche Anzeigen

Seite 4 und 6 bet.

Befreiung von Kartoffeln.  
Einkommensteueranmeldung 1919.  
Ummeldung zur Stammtafel.  
Abgabe von Zeugnissen im November.

### Tageschronik

Waffenstillstands-Verhandlungen der Oesterreicher.

Der türkische Waffenstillstand unterzeichnet.  
Graf Tisza erwidert.  
Ablösung der deutsch-österreichischen Regierung.  
Ein Kabinett Károlyi in Ungarn.  
Eine Senatsbeschlüsse Wilsons über die Friedensfrage.  
Scheidemann fordert die Abdankung des Kaisers.  
Der Kaiser ins Hauptquartier abgereist.

### Neue Großangriffe in Flandern und an der Wisne.

Großes Hauptquartier, 1. November.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern hat der Feind keine großen Angriffe wieder aufgenommen. Zwischen holländischer Grenze und den nördlichen Belgien und Frankreich gegen die Anglonormannen, im Besonderen gegen unsere Brückenstellung auf dem Westwall des Flusses vor. Westwärts von Somme haben wir die vordringendsten weiteren gegangenen Brückensysteme im Gegenangriff wieder. In der letzten Front wissen wir den Feind vor unseren Linien ab. Die Inf.-Inf.-Regt. 57 und 79 zeigten sich bei diesen Kämpfen besonders aus. Den Hauptangriff führten Engländer und Franzosen zwischen Denzoy und der Scheide. Südlich von Denzoy bei Julle und Ausage in den Richtung der 2. Garde-Inf.-Div. im Verein mit dem Inf.-Regt. 80 den über die Straße Denzoy-Krischoven vorrückenden Gegner wieder zurück. Weiteres von Angonen brachten ständige Kampfschuppen den Feind vor unserer Artillerie zum Ziehen. Die nördlich der Bahn Kortrijk-Dunbarre kämpfenden Truppen, die den Feind vor ihren Linien abwehrten, wurden im Laufe des Tages zur Wahrung des Anschlusses an ihre Nachbarn auf die Höhe beiderseits Motere zurückgenommen. Die Kämpfe fanden am Abend ihren Abschluss westlich der Straße Denzoy-Krischoven und auf den Höhen der Linie Motere-Kerthove, somit 1 bis 3 Kilometer östlich unserer alten vorderen Westlinie. In der Scheidendenauer bewährte die Festigung der Ostflanke durch den Gegner an. Die Städte Tonnai, Valenciennes und Bernis lagen unter englischen Feuer. Westwärts von Duvernoy und Landreies regte Artillerie und Erdmündungstätigkeit.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf den Küstengebieten nordwestlich von Chateau-Verdun nahm der Artilleriekampf gewöhnliche Züge an. Mit frischen Kräfte setzte der Feind seine harten Angriffe nordwestlich von Serpigny fort. Sie sind wiederum unter schweren Verlusten für den Feind gescheitert. Das motorisierte Gen.-Regt. 18, das hantwärtige Inf.-Regt. 75, die Reiterregiment 230 und 231 der 50. Inf.-Div. trugen die Hauptlast des Kampfes und wählten von ihrer Artillerie wirksam unterstützt, die schwebenden Angriffe erfolglos ab. Das Gardeinfanterie-Regt. und die Infanterie-Regimenter 8 und 11 haben sich in den letzten Tagen hier wiederum besonders bewährt.

Seeresgruppe Ostwall.

Auf dem Ostufer der Waas lagerte lebhaftes Artilleriekampf.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Die deutschen Truppen wurden auf das nördliche Donauufer beiderseits von Belgad und Semendria zurückgenommen. Der Uebermarsch über die Donau ging ohne Störung durch den Gegner voran.

Der Erste Generalquartiermeister: Gräber.

Der Appell an die Pflicht gegenüber dem Vaterland hat im deutschen Volk stets dann den stärksten Widerhall gefunden, wenn die Not am größten war.

Dort auf die Stimme der Vaterlandsliebe: Kriegsanleihe zeichnen!

### Der türkische Waffenstillstand abgeschlossen.

London, 31. Oktober. Neuer erfährt, daß die dortige Regierung dem Waffenstillstandsangebot der Türkei zugestimmt habe und daß der Waffenstillstand mit der Türkei am 31. Oktober mittags unterzeichnet wurde.

Paris, 1. Nov. Nach einer Savas-Nachricht erklärte Marineminister Veugues in der Kammer, daß der mit der Türkei abgeschlossene Waffenstillstand vor allem feste Durchsicht der alliierten Flotte zum Schwarzen Meere, Befreiung der Darbanelle-Straße und derjenigen am Bosporus, sowie die Ablösung der alliierten Kriegsgeschwader gestattet. Der Waffenstillstand ist am Donnerstag Mittag in Kraft getreten.

### Oesterreich verhandelt mit Italien.

Wien, 31. Oktober. Ämtlich wird verlautbart: Das Oberkommando hat bereits am 29. Oktober früh durch einen Generalstab die Verbindung mit der italienischen Seeresgruppe hergestellt. Es sollte kein Mittel zur Vermeidung weiterer unnützer Blutopfer, zur Einstellung der Feindseligkeiten und zum Abschluß eines Waffenstillstandes unverzüglich werden. Das italienische Oberkommando hat gegen diesen von den besten Absichten geleiteten Schritt zuerst eine unerbittlich ablehnende Haltung eingenommen. Erst am 30. Oktober erwiderte der General der Infanterie v. Weber mit einer Abordnung im Einverständnis mit dem italienischen Oberkommando die Gesichtsziele zur Einleitung von Verhandlungen abgelehnt. Wenn demnach auf dem italienischen Kriegsschauplatz Kriegsgrenzen ihre Fortsetzung finden, muß die Schuld und Verantwortung lediglich auf Rechnung unseres Feindes geschrieben werden. Der Chef des Generalstabes.

### Aufhebung der k. u. k. Wehrmacht.

Wien, 31. Oktober. Ämtlich wird verlautbart: Es besteht kein Zweifel, daß auf den Erlassenen Offiziers (Offiziersgruppen) des Seeres, der k. u. k. Landwehr beziehungsweise des Landwehr und der Seeresarmee des Hinterlandes, die in den Ländern heimatsmäßig sind, für welche sich Nationalitätsgelbes haben, dem betreffenden Nationalität zur Verfügung gestellt werden beabsichtigt Dienstleistung in den für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu bilden oder gebildet militärisch organisierten Körperchaften. Es. Majestät haben weiter gestattet, daß die Militärkommandos dem Mannschaftenspersonen nach ihrer Wahl ebenfalls den Eintritt in die oben erwähnten militärisch organisierten Körperchaften bewilligen.

### Uebergabe der Flotte an die Südlawen, der Donauflotte an die Ungarn.

Wien, 31. Oktober. Das k. u. k. Kriegsministerium, Marineministerium, verlautbart folgendes:

Auf Allerhöchsten Auftrag wird verfügt: Allen Mannschaften, welche nicht der südlawischen Nationalität angehören, kann auf Verlangen die Heimkehr bei gleichzeitiger dauernder Beurlaubung gestattet werden. Die Flotte, Marineangehörigen und sonstigen Marineeigentum werden dem südlawischen Nationalität in Agron und in Pola im Wege des lokalen Auswahlschiffes übergeben. Da ein Flottenwechsel aus internationalen Gründen nicht sofort ausführbar ist, wäre nach Uebergabe an den südlawischen Nationalität der Führung nationaler Angehörigen wie der Kriegsschiffe kein Hindernis bei der Weg zu legen.

In das Donauflottenkommando ergeht der Auftrag, bei Uebergabe der Donauflotte an die südlawische Nationalität die gleichen Sinne vorzugehen und dementsprechend nichtungarische Mannschaften zu entlassen.

### Republik Bulgarien.

Thronerzitz König Boris.

Berlin, 31. Oktober. Dem 'Berl. Tagbl.' wird aus Kiew gemeldet: Die bulgarische Seemacht in Konstantinopel erhielt aus Sofia folgende Drahtung:  
In Tirnowa, der alten Hauptstadt des Landes, ist in Gegenwart einer zahlreichen Menge die Republik erklärt worden. König Boris hat auf den Thron verzichtet. An die Spitze des Staates hat sich ein Regentschaftsrat gestellt. Die Leitung der Bewegung liegt in den Händen des Führers der Bauernpartei, Stamboliski.

### Rechtspfriede und Gewaltfrieden.

Die deutsche Regierung hat sich auf den Boden des Friedens der Gerechtigkeit im Sinne des Wilsonschen Programms gestellt, und der Rechtsstaat hat im Sinne der Weisheit des deutschen Volkes gesprochen, wenn er uns für einen Rechtsfrieden opferbereiter erklärte, nicht aber für einen Gewaltfrieden. Wie voller Ueberzeugung hat er gesagt, daß, was für einen Frieden des Rechts am ehesten, sich nicht einem Frieden der Gewalt beugen könnte, ohne sich der Achtung preiszugeben. Und er konnte dies sagen, denn trotz aller Schwierigkeiten der weltpolitischen Lage ist unsere militärische Situation keineswegs so, daß ein Friede der Unterwerfung in Betracht gezogen werden müßte. Die letzten Vorgänge an der Front, die glänzenden Ausschläge, die unser tapferes Heer erzwang, haben das erst wieder mit aller Deutlichkeit gezeigt. Im Gegenteil: bei aller Erkenntnis der feineswegs rosen internationalen Verhältnisse muß doch nachdrücklich betont werden, daß die Lage noch allerlei Ausblick bietet, wenn das deutsche Volk sich mit festem Lebenswillen seiner Saat weilt. Von einer Rechtsnachfrage durch westliche Weisheitsabstimmungen, wie sie der Weisheitsrat der Welt erstrebt, darf nicht die Rede sein, und Selbstverleugung weist ein Deutschland zurück, das in taumelnd Schicksal gefasst hat und einem Chor hochherziger und modifizierter Fremde gegenübersteht.

Das darf uns in offener betont werden, je eher wir einem Frieden der Gerechtigkeit, selbst mit Opfern von unserer Seite, entgegen. Denn ein solcher Friede allein ist wichtig, nach Opfer erkauf zu werden. Und darin besteht eine wichtige, ethische Ueberzeugung zwischen der gegenwärtigen deutschen Regierung und den von Weisheitsrat Wilson herabgelassenen Grundgedanken. Wilsons Verbündete haben sich dagegen durchaus noch nicht offen und selbst auf den Standpunkt des Wilsonschen Friedensprogramms gestellt. Gewiß ist ihre Staatsmänner wie auch ihre Presse sich in ihrer Weisheit zum Friedenswege hinwenden, die dem Wilsonsprogramm vollkommen zustimmen. Sie suchen an den hohen Weisheiten Wilsons heranzugreifen und ihnen Aufstellungen zu geben, die mit dem von Wilson angeordneten und für uns unerschütterlichen Rechtsfrieden nicht mehr gemein haben, sondern ihn in seinen brutalen Gewaltfrieden verwandeln wollen. Wenn es auf Grund dieses Weisheitens unserer Feinde nicht zur Einigung kommen sollte, dann müssen wir die Verantwortung dafür abgeben; denn nicht wir sind es, die eine allen Teilen gerecht werdende Verständigung hindern.

Schon seit der ersten Kriegszeit haben die vortrefflichen Männer Deutschlands die Freiheit der Welt als Kriegesziel erkannt, und diese Forderung ist auch von Wilson auf die Spitze des Friedensgedankens gehoben worden. Wenn England und das Westschiffen nicht so sehr im Gegensatz zu der Ideenförderung Amerikas und Deutschlands. Das gleiche gilt von der Frage des Wirtschaftskrieges nach dem Kriege. Wenn ein ethischer Friede, der Dauer haben soll, das Ziel dieses Krieges ist, dann darf von einem Wirtschaftskrieg nicht die Rede sein, je sehr er auch von vornherein in England's weltpolitischer Ansicht lag. Er würde die Beziehungen unter den Völkern dauernd verzerren und kein zu neuen Kriegslagen Veranlassung geben. Ja, wir dürfen sogar verlangen, daß mit dem Krieg, auch die Feinde irgendeiner Schritt zum Aufbau der Seeresarmee und des Wirtschaftskrieges schon jetzt geben könnten. Das wenigstens lag auf der Bahn zu einem Rechtsfrieden.

Wilson's Programm verlangt auch durchaus nicht, daß Gleichstellungen unbedingt und ganz und gar zu Frankreich und den Polen und Belgien zu machen mit dem Ziel der neuen Königreich Polen kommen müßten. Wenn die Franzosen und die Polen das so auslegen, so verzwängeln sie Wortlaut und Sinn von Wilson's Programm, der das an Frankreich verleihe 'Unrecht' wieder gemacht und unheilbar noch nichtige Bestandteile an Polen gegeben zu sehen wünscht. Und hier kann sich Deutschland auf den Boden des Wilsonsprogramms stellen, indem es einen Rechtszustand erstrebt, wie ein Friede für einen Rechtsfrieden, aber keiner Verzwängeln auszusprechen gestattet ist, die nur wieder überweist zu einem Rechtsfrieden mit ungelöster Front führen müßte. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, wie es in einem Rechtsfrieden vorzüglich werden soll, umfaßt aber darüber hinaus auch Punkte, die England, Frankreich und Polen nicht annehmen (man denke hier nur an Irland, Indien, Sibiris, Tripolis, Marokko, die alle nach den Grundgedanken des Selbstbestimmungsrechts eine andere Behandlung erfahren müßten). So daß dieser Ueberzeugung nur zwischen Wilson's Programm und Deutschland, nicht aber zwischen den Alliierten selbst besteht ist.

Das gilt ganz besonders auch von der Frage der bulgarischen Nationalität. Wilson verlangt eine freie, weisheitsvolle und unbedingt unparteiische Schlichtung aller völkischen Ansprüche. Er steht also auf dem Standpunkt, daß ein Friede

# Die Auflösung Oesterreichs.

## Der Sturz Habsburgs.

Die Ereignisse in Wien haben sich mit jener katastrophalen Schnelligkeit ausgepielt, die erwartet werden durfte. Schon hat die Nationalversammlung die gesammte Regierung übernommen, die kaiserlichen Truppen sind eingezogen und vor dem Landhaus haben die Arbeiter der Wiener Vororte unter allgemeinem Jubel die rote Fahne aufgepflanzt. Die Nationalversammlung hat die bereits gemeldete Rote in Wien und den übrigen Verfassungsentwurf angenommen. Diese Beschlüsse bieten Staatsbedeutung keinen Platz mehr für die Krone, und die oberste und entscheidende Gewalt liegt ausschließlich in den Händen der Nationalversammlung. In die vollziehende Gewalt teilt sich Staatsrat und Staatsregierung.

Die Meldungen von der Front lauten katastrophal. So wohl an der schwedischen als an der italienischen Front greift die Aufständische Bewegung rasch um sich. In Italien hat sich die Bewegung, aber was man in Oesterreich zu nennen darf, entschlossen, sämtliche auf italienischer Boden kämpfende Truppen auf das Gebiet des ehemaligen Oesterreich zurückzuführen. Um die sogenannte Regierung der Herren Lamarche und Karolyi, die sich durch den Treubruch an Deutschland einen würdigen Abgang von der Bühne verschafft, flammert sich selbstverständlich niemand mehr. In Budapest ist, wie bereits gemeldet wurde, gleichfalls die sozialistische Republik ausgerufen worden.

Es hat sich dem vollzogen, was unabweislich war. Und wenn wir auch dem Zerfall des alten Oesterreich nicht ohne gewisse Bedauern zusehen vermögen, so können wir doch einsehen, wie von einem letzten schweren Dankschuldigkeit. Während der ganzen Krieges ist es unsere vornehmste Sorge gewesen, das schwächere Oesterreich zu stützen und von all den übermäßig schweren Aufgaben, die uns der Weltkrieg gekostet hat, ist es die schwerste gewesen, die gesunkenen Tendenzen der Donau-Monarchie einzugestehen zu bekämpfen und den fortwährend nach den Gegnern hindurchziehenden Bundesgenossen bei der Stange zu halten. Es ist in der Tat geradezu groß, daß Oesterreich fortwährend Verzicht machte, nicht etwa in legaler Vereinbarung mit seinem Bundesgenossen, sondern hinter dem Rücken desselben Friedensschritte anzugehen, und nach dem Zerfall des Oesterreichs die kaiserliche Regierung in Rom, in welcher Kaiser Karl eine ungeschickliche Rolle spielte, in allgemeiner Erinnerung. Die Verträge Oesterreichs wirken um so profester, als Deutschland um Oesterreichs willen den Krieg begonnen hatte und ihn hauptsächlich um Oesterreichs willen forsetzte. Wir stehen hier einem jener politischen Nihilisten gegenüber, wie sie uns die nachkommende Epoche lehr in Hülle und Fülle begehrt. Gegenüber den konventionellen Vätern des Jares in Rußland vor das Bündnis mit Oesterreich eine unzerstörliche Notwendigkeit, die für unsere nach dem Vorkrieg geordnete Politik Oesterreich als Zuspähschieber unentbehrlich war, und jedenfalls eine Zerstückung Oesterreichs durch den Konstantinismus. Spätestens aber nach dem Zusammenbruch des russischen Zarismus ergab sich für uns die Notwendigkeit, unsere österreichische Politik von Grund auf zu revidieren; und jedenfalls ist es heute vor einem Jahre richtiger gewesen, wenn wir unterdessen den Verbindungen auf Kosten Oesterreichs entgegengekommen wären, als trotz der vielfach bewiesenen Introne der habsburgischen Monarchie wieder ein innerlich gehaltes gewordenes Bündnis aufrecht zu erhalten. Selbst wenn man insofern nicht so weit gehen wollte, Oesterreich das zu tun, was Oesterreich uns tut, so hätten sich immerhin wohl alle anderen Möglichkeiten geboten, Oesterreich auf eine etwas erträglichere Weise bei seinen Verpflichtungen festzuhalten, als das durch unsere Taktik vornehmlich Rücksichtnahme und milder Zurechtweisen geschehen ist. Um es ist jedenfalls zu spät, und es ist, wie gesagt, ein Verlust in diesem Sinne, daß die Deutsche Reichsregierung sich über die Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche entscheiden und den Anstich an besäße zu ziehen. Daß bei diesen notwendigen Zusammenstößen manche Schwierigkeiten zu überwinden sein werden, ist klar, da die ultra-demokratische Statistik, welche das neue Oesterreich in dieser Sturm- und Drangperiode angenommen hat, zu dem Grundgedanken des Deutschen Reiches nicht recht passen will und auch dann nicht passen würde, wenn bel uns die sogenannte Demokratisierung noch weitere Dimensionen als heute annehmen würde. Aber der Zusammenstich der Deutsch-Oesterreicher mit dem Deutschen Reiche ist eine Frage von so fundamentaler weltgeschichtlicher Bedeutung, daß demgegenüber alle partiellen, vorübergehenden Schwierigkeiten und unter allen Umständen Mittel und Wege zur Durchföhrung dieses unabweislichen Zusammenstichs gefunden werden müssen. Man wird, wie wir hoffen, auf beiden Seiten nicht feindlich sein, sondern sich mit ausgestoßten Sünden entgegenkommen. Die Vorfügung Kaiser Karls kann in diesem Zusammenhang von uns mit Verdrüßlichkeit begrüßt werden, da ein Verbleiben dieses dem Ernste der Stunde in seiner Weisheit gewandigen Monarchen an der Spitze des deutsch-österreichischen Volksstaates sich demnach nicht als ein Hindernis für die Vereinigung mit dem Deutschen Reiche erweisen können würde.

Der Weg liegt frei und offen da, und es heißt ihn ohne feindliche Bedenken und zögerliches Zaudern gehen. Der sich nahende Friede wird das wissen wir alle, schwere Opfer anfordern. Die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit dem Mutterlande wäre ein Gewinn, der uns bis zum gewissen Grade über den Verlust an Volkstakt und weltpolitischer Geltung kosten könnte, mit dem wir bei der Welfung absichtlich.

## Bildung der deutsch-österreichischen Regierung.

Wien, 31. Oktober. Die deutsch-österreichische Regierung ist heute gebildet worden. Zu Staatssekretären wurden ernannt: Auheres: Viktor Adler, Sozialdemokrat; Krieg: Rittermeister Josef Weyer, Deutsch-Amerikaner; Inneres: Dr. Steinwender, Deutschnationalist; Handel: Dr. Urban, Deutschnationalist.

## Der Wille zur Untertänigkeit.

Dieser Tage hat im Hotel „Adlon“ in Berlin eine verheerende Besprechung führender Persönlichkeiten aus Kreisen der Industrie und des Handels, besonders aber aus Antikarlisten stattgefunden, die eine Eingabe, in welcher vorbehaltlose Annahme der Waffenstillstandsbedingungen gefordert wird, der Regierung zu überreichen beschloßen.

Diese Eingabe ist ein neues, sehr allzu deutliches Symptom jener Kopflosigkeit, die immer mehr um sich greift. Die Forderung heißt uns so unentbehrlich, als in der Revolution an-

**Wohlfahrt: Junkel, Christlichsozial; Unterricht: Falscher, Deutschnationalist; Justiz: Koller, Deutschnationalist; Ackerbau: Stadler, Christlichsozial; Kürze: Hanusch, Sozialdemokrat; öffentliche Arbeiten: Zertini, Christlichsozial; Ernährung: ehemaliger Seilionschef E. Wenzel; Gesundheit: Prof. Dr. Kaupp.**

Heute vormittag ist der provisorische Staatsrat mit den Delegierten der Nationalversammlung zur Übernahme der Regierung in Wien zusammengetreten. Der Staatsrat dürfte sich nur als Berat der Nationalversammlung und nicht als selbständiges Organ betrachten.

## Für den Anschluß an Deutschland.

Aus Wien meldet die „Presse“: Dem deutsch-österreichischen Nationalrat ist ein Antrag von mehr als einem Drittel seiner Mitglieder zugegangen, der die Bestimmung Deutsch-Oesterreichs von den anderen österreichischen Staaten und den Anschluß als ein Königreich unter einem Habsburger Prinzen an Deutschland fordert.

## Eine deutsch-österreichische Armee.

Wahl von Offizieren- und Soldatenräten. Wien, 31. Juli. Der deutsch-österreichische Staatsrat hat folgende Mitteilungen:

Der Nationalrat hat in seiner Nachmittagsitzung am Donnerstag eingehend über die Bildung der nationalen Armee Deutsch-Oesterreichs beraten.

Der Nationalrat hat in seiner Nachmittagsitzung am Donnerstag eingehend über die Bildung der nationalen Armee Deutsch-Oesterreichs beraten. Dazu wird noch gemeldet: Sonntag vormittag soll in Wien die Wahl von Offizieren- und Soldatenräten vorgenommen werden. Der Wahlort soll derart sein, daß jedes Regiment, jedes Bataillon, jede Anstalt und jeder Truppenkörper für sein Offizierskorps je zwei Offiziere und je drei Mannschaften zu wählen hat. In diese Körperkörper einzuwählen wird. Der Soldatrat soll eine Vorschlagsliste von Offizieren darstellen. Analog dem Wiener Soldaten- und Offiziersrat werden in allen Garnisonen Deutsch-Oesterreichs beratende Körperkörper gewählt werden.

## Annektion aller politischen Verbrecher.

Wien, 31. Oktober. Amstich wird vorantastet: Alle Personen, die in militärischen Gesangenenhäusern wegen Verbrechen der Ausübung und anderer gegen die Kriegsmacht des Staates gescheitlen Handlungen, des Hochverrats, der Beihilfe am Hochverrat, der Waffenschießung, der Beleidigung von Mitgliedern des kaiserlichen Heeres, der Störung der öffentlichen Ruhe, des Aufstandes und Aufruhrs und wegen Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung eine Freiheitsstrafe verbüßen, wird eine Strafuntersuchung bis auf weitere Befehle erteilt. Personen, die sich wegen des Verbrechens der Desertion in Strafkäfig befinden, wird eine Strafuntersuchung erteilt, wenn sich die Desertion als Verletzung einer nationalpolitischen Bewegung darstellt.

## Kaiser Karl noch in Wien.

Wien, 31. Oktober. Die Abendblätter melden: Die Nachricht von der Abreise des Kaisers entspricht nicht den Tatsachen. Der Kaiser und die Kaiserin befinden sich in Wien.

## Graf Tisza erwidert.

Budapest, 31. Oktober. Graf Stefan Tisza ist das Opfer eines Anschlags geworden. Auf einem Spaziergang mit einer Verwandten wurde von Soldaten durch Revolvergeschüsse getötet. Die Begleitern ist angeheilt verwundet.

Die Ernennung des Grafen Tisza befaßelt grell die politische Situation. Tisza war von jeher die feste Stütze des Bündnisses mit Deutschland. In dieser ersten Annäherung ist er sich trotz aller Opposition, trotz der Weisheit des Kaisers immer treu geblieben. Ein Frontismus forderte ihn mit dem Wabder bei Minister in die Hand gedrückt haben. Der Wabder inoffiziell die Zustimmung, in die die politische Leidenschaft das ungeliebte Roll verlegt hat.

Graf Stefan Tisza hat ein Alter von 57 Jahren erreicht. Er studierte in Berlin, Heidelberg und Budapest. Reichswissenschaften und widmete sich dann dem politischen Leben. Als Zögling trat er 1888 zum ersten Male im ungarischen Reichstag. Im November 1902 wurde er mit der Bildung eines Kabinetts betraut. Im Herbst 1904 bogam Tisza die Reform der Gesetzgebung des ungarischen Reichstages. Gleichzeitig wurde von ihm eine Reform und die Einführung der ungarischen Deutschsprachigkeit. Die Opposition war indes zu stark. In dem Maße, wie die Regierung zu Frontismus forderte, umso mehr wurde Tisza, wie seine Reichsminister im Januar 1905 zur Folge hatte. 1910 nahm er wieder ein Reichstagsmandat an. 1912 wurde er zum Präsidenten des Reichstages ernannt und begann von dieser Stelle aus den heftigen Kampf mit der Opposition. Nach dem Abtritt des Ministerpräsidenten Lulacs wurde Tisza 1913 ebenfalls zum Ministerpräsidenten berufen. Als er in der Reichstagsfrage keine Zugeständnisse machen wollte, brach ihm die Opposition im Mai 1913 zu Fall.

## Revolution in Budapest.

Berlin, 31. Oktober. Wie das „V.L.“ mitteilt, hat ihm Graf Michael Karolyi folgende Depesche zugesandt lassen:

„In Budapest Revolution. Nationalrat hat Regierung übernommen. Garnison und Polizei anerkennt vollständig Nationalrat. Bevölkerung jubelt.“

## Karolyi doch noch Ministerpräsident.

Budapest, 31. Oktober. Das ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet:

Wie die Blätter melden, ist das neue Ministerium gebildet worden. Ministerpräsident ist Graf Karolyi, Minister des Inneren: Graf Theodor Bathanyi.

des Volk wie das deutsche geschichtliche Ansprüche auf Kolonien hat. Diesen Standpunkt teilen seine Verbündeten nicht, wie das aus ihnen oft ausgesprochenen Ausrufungen klar hervorgeht. Auch hier steht wieder der von Wilson und von der deutschen Regierung angebotene Rechtsstreit in stärrigem Gegensatz zu dem von Wilsons Verbündeten verlangten Frieden der Gewalt. Werden aber die Grundzüge der Gerechtigkeit von den Verbündeten ins Gesicht verkehrt, dann wäre unangenehm der Widerspruch in sich, er würde Schand und Schmach einer Republik gegen unterdrückte Völker sein, nicht aber der Ausdruck einer neuen, gerechten Aufbau der Welt, der einzig und allein einen Friedenszustand im wahren Sinne des Wortes überbringen könnte.

## Was wird der Kaiser tun?

Das Organ des Staatssekretärs Scheidemann, der „Vorwärts“, veröffentlicht einen Artikel: „Was wird der Kaiser tun?“ Er geht davon aus, daß in der gegenwärtigen Dessenhaftigkeit Gerichte über den angeblich bevorstehenden Rücktritt des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen umfassen. Die Gerechtigkeit gegen den Kaiser ist nicht auf einzelne Parteien beschränkt. Das Blatt begründet bald eingehend die oppositionelle Stellung der Sozialdemokratie gegen Kaiser Wilhelm und schließt damit, daß das Raimen und Reichsden im Volk durch nichts mehr zum Schweigen gebracht werden könne: „Was wird der Kaiser tun — wann wird er es tun?“

Das „Vorwärts“ des Zentrum, die „Germania“, heißt die Abänderung nicht für erwünscht, gekörnter dem für notwendig. Mit Recht schreibt sie:

„Das deutsche Volk ist in seiner erdrückenden Mächtigkeitsmonarchie gefesselt. Das liegt ebenfalls in seiner geschichtlichen Vergangenheit begründet, wie in der Tatsache, daß es im Kaiser und in der Kaiserwürde ein Symbol der deutschen Einheit sieht.“

Die „Vorwärts“ zeigt in ihrer heutigen Morgenausgabe auf die immer und außerpolitischen Schäden hin, die eine Thronverzichtung des Kaisers im Gefolge haben müßte. Sie schreibt:

Den wenigsten Schaden klar zu sein, wie klar ein solcher Vorgang im ganzen Auslande als Zeichen der Niederlage Deutschlands, als größte Demütigung der Deutschen wirken würde. Den jetzt uns Regierenden, auch den Sozialisten, um ihren Land das wohl denkbar der Augen, man bringt gerade hoch Verschämtes auf für das Land, das nach dem Thronverzicht dem Worte geföhrt, der sich selbst nicht vorantastet, aber nicht schuldiger erscheinen kann, als alle diejenigen, die die Pflicht gehabt hätten, der Ausrichtung seiner Verantwortung entgegenzutreten und dazu nicht den ständigen Mut gefunden haben. Wenn trotzdem jetzt gelassen ein Umschwenkung auch bei einem Teil des Reichstages eingetreten zu sein scheint, so müssen wir für besondere Gründe vorsorgen, das sich noch nicht ganz übersehen können.

Ebenso darf die Gefahr im Jazaren nicht übersehen werden. Das Schwanken aller Autoritäten ist natürlich die beste Vorbereitung für den Völkerverfall, der auch in Deutschland schon, von Reichstagsprotesten und von Joseph protegiert, sein Haupt zu heben beginnt. Es soll der Anfang mit dem Sturz von Reichstag gemacht, die bis dahin auf Gerechtigkeit orientiert zu sein können, dann geht alles ins Wanken und der Reichstagsvertritt den Abstrichen.

## Scheidemann für die Abdankung des Kaisers.

Berlin, 31. Oktober. Wie wir aus umbedingt zuverlässiger Quelle vernehmen, hat vor einigen Tagen Staatssekretär Scheidemann an den Reichsminister eine Denkschrift geschrieben, in der er unter eingehender Begründung die Notwendigkeit der Abdankung des Kaisers darlegt.

## Eine fortschrittliche Versammlung fordert den Kaisers Abdankung.

München, 31. Oktober. Der bekannte Postfach-Vorbereitungsprof. Dr. Ludwig Spindler ist in einer Versammlung der fortschrittlichen Volkspartei über „Die politische Lage im Reich und in Bayern“ gehalten worden. Die Versammlung hat die Umwandlung des Bundesstaates in ein einziges Staatsrecht mit öffentlichen Verfassungen. Der Kaiser müsse sich zur Abdankung entschließen, da das Lebensinteresse des deutschen Volkes dies erheische. Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, in der es heißt:

„Die Versammlung begrüßt die tiefgehende Umwandlung des deutschen Verfassungsstaates vom Doppelstaats zum Volksstaat als endliche Erfüllung aller Forderungen der deutschen Demokratie. Zur Sicherung des Fortschritts in den Ernst und Wohlstand dieser Umwandlung ist die Thronensignung des Kaisers als Republikanisches das besten, leicht zusammenzuführenden Sollens eine unbedingte Notwendigkeit.“

## Eine Rundgebung des Herrenhauses für den König.

Berlin, 31. Oktober. Das Herrenhaus verhandelte heute über den Antrag der Konstantinen (Antrag Nord), Kundgebung für das Königshaus.

Graf Ballestrem als Berichterstatter wies auf die antimonarchische Stimmung im Volke hin.

Graf Nord begründete den Antrag und forderte das Haus auf, das Ergebnis für den König durch einstimmige Annahme des Antrages zu betätigen.

Sorgig zu Trachtenberg text für den Antrag ein, war das Haus durch Erheben von den Seiten bestimmt. Damit war die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung am 15. November.

## Abreise Kaiser Wilhelms ins Hauptquartier.

Berlin, 31. Oktober. (Amstich.) Der Kaiser, der sich mehrere Wochen in der Reichshauptstadt aufgehalten hatte, begab sich in das Große Hauptquartier.

Die „Vorwärts“ schreibt:

Die Gerüchte über eine bereits erfolgte Abdankung des Kaisers sind noch unseren Verbindungen mißlungen verfehlt. In seinen letzten Sitzungen hat sich der Kriegsbefehlsmann mit der Frage des Thronverzichts befaßt. Es verwehrt, der Chef des Zivilkabinetts Dr. Deßler solle mit wichtigen Aufträgen des Reichstages gleichfalls nach der Front abfahren.







